Ethnische Nische: *Schüler der privaten „Bil“-Schule in Stuttgart, hier noch auf den Fluren des Altbaus, in der Frühstückspause* Fotos Thomas Kienzle

Gebildet, höflich, muslimisch

Anhänger der türkischen Gülen-Bewegung haben in Deutschland mehr als 20 Privatschulen gegründet. Die modernste von ihnen steht in Stuttgart. Die Jugendlichen wachsen dort in einem engen islamischen Milieu auf, Kontakte mit Deutschen sind selten. *Von Uta Rasche*

STUTTGART, im März

Die geräumigen Klassenzimmer der „Bil“-Schule sind mit Eichenparkett ausgelegt, die großzügigen Flure und Freitreppen strahlen Eleganz und Weite aus. Vor jedem Raum hängt ein Schild mit dem Namen eines Großspenders, der mindestens 20 000 Euro zur Verfügung gestellt hat. In jedem Klassenzimmer gibt es einen Beamer, im ganzen Haus kabelloses Internet, modernste Chemie- und Physik-Räume, eine große Bibliothek, einen Theatersaal mit 450 Plätzen und Gästeappartements im Dachgeschoss. Weder staatliche Schulen noch kirchliche Privatschulen verfügen über eine solche Ausstattung.

Stolz steht Muammer Akin vor dem Neubau. Für den 43 Jahre alten Pädagogen ist das moderne Gebäude, in dem einst 850 Schüler Platz finden sollen, das Ergebnis von 17 Jahren Arbeit. Als junges Mitglied des Ausländerausschusses der Stadt Stuttgart gründete Akin einen Nachhilfeverein für türkische Kinder. Damals holte der Industriemechaniker noch sein Abitur nach. Nun steht weithin sichtbar und repräsentativ auf einem Berg oberhalb Bad Cannstatts die „Bil“-Schule, eine private Ganztagsschule mit Gymnasial- und Realschulzweig, getragen von türkischen Eltern und Unternehmern.

„Wir wollten nicht mehr warten, bis sich das staatliche Schulsystem zugunsten unserer Kinder ändert“, sagt Akin. Zu oft sah er, dass türkische Kinder dort schlechter abschnitten als deutsche. Viele Eltern könnten ihren Kindern nicht helfen, doch türkische Kinder würden auch diskriminiert, sagt Akin. Die Statistik spricht Bände: 56 Prozent der jungen Stuttgarter sind ausländischer Herkunft. Jahrelang lag ihr Anteil an den Gymnasiasten in der fünften Klasse bei 20 Prozent, bis zum Abitur schrumpfte er auf zehn Prozent. Manche erreichten über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife. „Diesen Umweg wollten wir unseren Kindern ersparen.“

Die „Bil“-Schule steht nicht für sich. Sie ist Teil einer neuen türkischen Bildungsbewegung. Ihre Schüler haben nichts gemein mit der nicht integrierbaren türkischstämmigen Unterschicht, die der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) und die frühere Jugendrichterin am Amtsgericht Tiergarten Kirstin Heisig („Das Ende der Geduld“) in ihren Büchern beschrieben haben. Die Jugendlichen hier sind fleißig und aufstiegsorientiert; ihre Eltern sind gläubige Muslime. Die Familien sind von den Ideen des türkischen Predigers Fethullah Gülen inspiriert, einem konservativen Modernisierer des Islams, der seinen Anhängern vermittelt, dass ein Leben als Muslim auch in der westlichen Welt möglich sei. Um die Rückständigkeit muslimischer Gesellschaften zu überwinden, predigt er, Wissen und Qualifikationen zu erwerben. Erfolg und Einfluss im Diesseits seien Ausdruck von Gottes Wohlgefallen, so der beinahe calvinistische Gedanke. Die Beschäftigung mit Naturwissenschaften und Technik sei dabei eben so gottgefällig wie der Dienst am Menschen. Mehr als 20 der Gülen-Bewegung nahe stehende Schulen gibt es in Deutschland, die meisten von ihnen Gymnasien, und etwa 300 Nachhilfe-Institute. Vereine, die interreligiösen Dialog organisieren, gehören auch zum Portfolio.

Der 71 Jahre alte Gülen stammt aus Anatolien, wo er den traditionellen, sufistisch geprägten Volksislam kennenlernte. Selbst hat er nur die Grundschule und Koranschulen besucht. Gülen war Imam in staatlichen Moscheen, später baute er als freier Prediger ein großes Schülernetz auf. Seine Predigten wurden über Audio- und Videokassetten verbreitet. Heute versorgt er seine Anhänger über das Internet und die konservative türkische Tageszeitung „Zaman“ mit seinen Botschaften. Die 1986 gegründete „Zaman“ ist die auflagenstärkste Tageszeitung in der Türkei, auch ihr Deutschland-Geschäft brummt. Gülen fordert seine Anhänger auf, als Unternehmer tätig zu werden. Einen Teil ihrer Einkünfte sollen sie dann spenden. Sie sollen sich in den Medien, in der Bildung und im interreligiösen Dialog engagieren. Gülen selbst besuchte Papst Johannes Paul II., den orthodoxen Patriarchen von Istanbul sowie jüdische Organisationen.

Doch für so friedfertig, wie sich der Prediger darstellt, halten ihn nicht alle seiner Landsleute. In der Türkei wurde Gülen mehrmals verhaftet, da er laizistischen Kräften in der Justiz suspekt ist. Vermutlich aus Angst vor Strafverfolgung, offiziell aber wegen einer Krankheit lebt Gülen heute im selbst gewählten Exil in einem ländlichen Refugium im amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania, das eine Stiftung ihm nahestehender Unternehmer errichtet hat. In der Türkei betreiben Unternehmen, die seiner Bewegung angehören, allerdings moderne Krankenhäuser, in denen eine umfassende medizinische Versorgung möglich wäre. Kemalistische Kritiker werfen Gülen vor, die Türkische Republik durch einen islamischen Staat ersetzen zu wollen. Über Videomitschnitte wurde 1999 eine Rede von Gülen bekannt, in der er seine Anhänger aufforderte, nach und nach Schaltstellen im Justiz- und Innenministerium zu besetzen, sich aber so lange bedeckt zu halten, bis „die Macht in sämtlichen Verfassungsorganen“ erreicht sei.

In Deutschland halten Kritiker Gülen vor, dass er die Demokratie als eine lediglich vom Menschen geschaffene Staatsform ansehe, die als Übergang zum Gottesstaat dienen solle. Den Westen halte er für dekadent, materialistisch und moralisch minderwertig, daher benötige er die Werte des Islams. Die Evolutionstheorie Darwins lehne er ab, den Abfall vom Glauben halte er für ein schwereres Verbrechen als Mord. Außerdem setze sich die Bewegung nur für die aufstrebende türkische Mittelschicht, nicht aber für die Unterschicht ein. Der Dialogbeauftragte eines katholischen Bistums moniert, dass Gülen-Anhänger niemals auf einem Podium neben anderen muslimischen Repräsentanten Platz nähmen, sondern einen Alleinvertretungsanspruch reklamierten. Frauen halte der Prediger für weniger vertrauenswürdig als Männer, deshalb komme ihnen auch nur eine mindere Rolle zu.

Tatsächlich sind an den Schulen Mädchen in der Minderheit. Möglicherweise sind Söhne den Eltern eher das Schulgeld wert. Etwa die Hälfte der Mädchen trägt Kopftuch. Eine deutsche Lehrerin, die an einer Schule der Bewegung in Würzburg unterrichtet hat, meint, dass es sehr unterschiedliche Motive gebe, Söhne oder Töchter an die Privatschule zu schicken. Während es bei den Jungen eher um den guten Abschluss und die Befähigung zu einem Studium gehe, sei den Eltern der Mädchen vor allem daran gelegen, sie in einem geschützten islamischen Umfeld – ohne deutsche Jungen – aufwachsen zu lassen. An der „Bil“-Schule gab es bei einer Klassenfahrt einen Vorfall, der die engen Moralvorstellungen der muslimischen Eltern illustriert: Ein Junge legte einem Mädchen seinen Arm auf die Schulter, Mitschüler fotografierten die Szene mit dem Handy, das Bild gelangte nach Hause. Die Elternschaft war empört; man beschwerte sich bei der Geschäftsführung. Die nächste Klassenfahrt sollte dann mit getrennten Bussen und getrennten Unterkünften in verschiedenen Stadtteilen Istanbuls stattfinden. Am Ende wurde sie abgesagt, weil sich das Ganze nicht organisieren ließ. Bereits gebuchte Flüge verfielen.

Weltweit soll die Bewegung Fethullah Gülens acht bis zehn Millionen Anhänger haben. Nachdem ihr Hocaefendi („verehrter Lehrer“) sie aufforderte, Schulen zu bauen statt Moscheen, errichteten sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten etwa 1000 Lehranstalten – auf dem Balkan, in Pakistan, im Nordirak, in Kambodscha, Thailand, Afrika und besonders in den turksprachigen früheren Sowjetrepubliken. Letzteres gilt als Ausdruck von Gülens großtürkischer, nationalistischer Gesinnung. Die Heimat zu verlassen, andernorts für die Ausbreitung des Islams zu sorgen, sich in den „Dienst für die Sache Gottes“ („hizmet“) zu stellen, dabei effizient zu sein und dennoch demütig zu bleiben – das ist das Ethos der Bewegung. Gülen-Anhänger sind in der Regel freundliche, gebildete, arbeitsame Menschen. Sie sind offen und auskunftsfreudig – bis zu dem Punkt, an dem man detailliert nach den Finanziers eines Projektes oder den Strukturen der ganzen Bewegung fragt.

Eine neue deutsch-türkische Elite? *Zwei „Bil“-Schülerinnen in der Mensa*

Edel: *Der derzeit ambitionierteste Neubau einer Gülen-Schule in Deutschland*

Ambivalent wie ihr Führer ist auch die Bewegung selbst: scheinbar transparent und doch intransparent. Angeblich habe keine Schule mit der anderen zu tun. Und doch arbeiten alle auf die gleiche Weise und nehmen an den gleichen, vom Dachverband der Nachhilfevereine organisierten Wettbewerben teil. Die Bewegung habe angeblich keine Führungsstruktur. Und doch können ihre Anhänger wie ferngesteuert handeln. So waren sie in der Lage, eine Umfrage der Zeitschrift „Foreign Policy“ durch Massen-Klicks zu kapern, so dass ihr Prediger – außerhalb der Türkei nahezu unbekannt – zum „führenden Intellektuellen unserer Zeit“ gekürt wurde.

In Deutschland treffen die Schulen der Gülen-Bewegung auf großes Interesse der Kommunalpolitik. In Köln etwa förderte der frühere Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) die Gründung des „Dialog“-Gymnasiums im Stadtteil Buchheim. In Stuttgart unterstützte der frühere Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) von Anfang an den Plan, ein Privatschule zu gründen. 2004 gründete der „Bildungs- und Erziehungsverein Baden-Württemberg e.V.“ die Schule, damals noch in einem heruntergekommenen Bürogebäude im Industriegebiet. Anfangs lernten dort nur 18 Kinder. Die ersten sieben Abiturienten machten im vergangenen Jahr ihr Abitur. Ihr selbstgestaltetes Gemälde hängt nun im Neubau: Die fröhlichen Absolventen sitzen in einem kleinen Kahn auf hoher See. Nun müssen sie sich in der stürmischen Welt außerhalb der ethnischen Nische, die die Schule auch ist, zurechtfinden.

In der vergangenen Woche sind 350 Schüler in den exklusiven Neubau eingezogen. Er kostete 26 Millionen Euro und wurde überwiegend durch Kredite finanziert. Das Grundstück stellte die Stadt in Erbpacht zur Verfügung, etwa ein Fünftel der Kosten trägt die öffentliche Hand. Der Trägerverein, der 1700 Mitglieder zählt, sammelte Spenden in Höhe von zwei Millionen Euro. Den Rest muss der Verein binnen 30 Jahren abtragen. Kleine Klassen und individueller Förderunterricht sind den Eltern 260 Euro im Monat wert.

„Türken-Gymnasium“ heißt die Stuttgarter Schule im Volksmund. Das ärgert Akin. Er hätte gerne mehr deutsche Schüler, aber die melden sich nicht an. Der Geschäftsführer hat schon eine neue Idee: Die Stadt Stuttgart will den Mangel an Krippenplätzen beheben. Deshalb soll der Schulträger-Verein im Altbau der Schule einen Kindergarten einrichten. Akin würde dort lieber eine Grundschule gründen, um den Eltern eine Privatschul-Laufbahn aus einem Guss anzubieten. Jetzt arbeitet er daran, beides zu realisieren. Über die Kita, in die deutsche Eltern ihre Kinder aus Mangel an Alternativen bringen würden, hofft er auf ein gemischteres Publikum. Das scheint für die Entwicklung seiner Schüler dringend nötig. So sagt zum Beispiel die 15 Jahre alte Neuntklässlerin Beyza Özkalp, dass sie fast nur türkische Freunde habe: „Unsere Deutschlehrerin meint, man merke es unserer Sprache schon an, dass wir wenig mit Muttersprachlern zu tun haben.“

In der Schule selbst soll außer besserer Förderung – gelernt wird sogar in den Ferien – nichts anders sein als an einer staatlichen Schule. Türkisch wird nur zwei Stunden in der Woche unterrichtet, statt islamischen Religionsunterrichts gibt es „Ethik“. Akin weiß um die Signalwirkung dieses Angebots – er ist stellvertretender Vorsitzender des CDU-Ortsverbands Stuttgart-Stammheim. In der Kommunalpolitik lernte er auch Manfred Ehringer kennen. Akin überzeugte den früheren Direktor des Stuttgarter Schulamts von seinen Privatschulplänen. Dafür bekam Ehringer Schelte von seinen früheren Kollegen: „Du verrätst das deutsche Schulsystem.“ Heute ist Ehringer 81 Jahre alt und ehrenamtlicher „pädagogischer Leiter“ der „Bil“-Schule. Für Akin ist Ehringer Gold wert: Er sorgte dafür, dass die Schule die staatliche Anerkennung erhielt. Auch andere Gülen-Schulen machen sich die Erfahrung pensionierter deutscher Studiendirektoren zunutze.

Die Stuttgarter Schule ist derzeit das ambitionierteste Bauprojekt einer türkischen Privatschule in Deutschland. In Spandau hat gerade ein Gülen-naher Verein ein 84 000 Quadratmeter großes Gelände gekauft, um dort seine schon bestehenden Schulen zu einem „Bildungscampus“ von der Kita bis zum Abitur auszubauen. Bei der Einweihungsfeier der „Bil“-Schule im Januar lobte der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster, dass Migrantenkinder an der „Bil“-Schule erfolgreicher seien als an staatlichen Schulen. Sie leiste damit einen wichtigen Beitrag zur Integration. Ähnlich klangen die Reden von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und des grünen Bundesvorsitzenden Cem Özdemir. Der Trägerverein ist bestens vernetzt: Der Oberbürgermeister von Istanbul kam zur Eröffnung, sogar der türkische Staatspräsident Abdullah Gül war schon zu Gast. Nur die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) schlug die Einladung aus. Sie sehe die Organisation skeptisch, hieß es aus ihrem Haus. Zwar verschließe sie sich dem Dialog mit Gülen-nahen Institutionen nicht. Doch sie verlange, dass die Bewegung transparent mit ihren Strukturen und ihren Finanzen umgehe.

Beim Integrationsbeitrag der Schule, den Schuster so lobte, liegt allerdings ein Missverständnis vor. Akin sagt freimütig: „Unser wichtigstes Ziel ist nicht die Integration türkischer Schüler in die deutsche Gesellschaft. Wir wollen, dass Schüler mit türkischer Herkunft zu den gleichen Abschlüssen kommen wie deutsche Schüler. Integration ist dann vielleicht ein Nebeneffekt.“ Der Stuttgarter Integrationsbeauftragte sieht das gelassen: Die Schülerschaft einer katholischen Privatschule sei auch kaum durchmischt. Im Übrigen: „Jahrelang haben wir den Migrantenverbänden gesagt, sie sollten sich engagieren, anstatt sich zu beklagen, und zwar nicht beim Folkloretanz, sondern in der Bildung. Da können wir nun nicht meckern, wenn sie es tun.“

Schlechte Luft macht Mut

Smog in Peking: Kritik an Chinas Wachstumsmodell

Von Petra Kolonko

PEKING, 11. März. „Nichts war klar im Smog, außer dass wir unsere Wirtschaft nicht weiter auf diesem Weg entwickeln können“, sagte der Delegierte aus der Provinz Hebei. Eigentlich hätten er und die anderen Delegierten bei ihrer Sitzung über den Regierungsbericht des Ministerpräsidenten diskutieren sollen. Doch diesmal hielt sich niemand an die Vorgabe. Man sprach stattdessen über den Smog in China und hielt auch nicht mit Kritik am Wachstumsmodell der Volksrepublik zurück. Die katastrophale Luftverschmutzung, die in diesem Winter schon die Debatte in offiziellen Medien und Internetforen bestimmt hatte, beschäftigt nun den Volkskongress. Die Regierung muss sich Beschwerden und Fragen gefallen lassen. Besonders in der Konsultativkonferenz, in die Vertreter der Blockparteien und Prominente berufen werden, zeigen sich Delegierte besorgt und hinterfragen die Politik des schnellen Wachstums. „Wir wollen kein Bruttosozialprodukt, das giftig ist“, sagte ein Abgeordneter.

Vielleicht hat die schlechte Luft in der Hauptstadt den Wagemut der Delegierten beflügelt. Während der ersten Sitzungswoche des Nationalen Volkskongresses erreichten die Feinstaubwerte mehr als 300 Mikrogramm pro Kubikmeter. Als am Samstag dann auch noch ein Sandsturm über die Stadt fegte, wagte sich kaum jemand aus dem Haus. Die Delegierten bekamen die Große Halle des Volkes, in der sie tagen, von außen nur schemenhaft zu sehen. Auch die 3000 chinesischen Journalisten beim Volkskongress, die sonst angehalten sind, keine heiklen Themen anzusprechen, bedrängten die Delegierten dieses Mal mit Fragen zur Luftverschmutzung.

Ein Internetblogger schreibt, er hoffe, dass während des Volkskongresses die Feinstaubwerte hoch blieben. Dann würden die Delegierten dem Problem mehr Aufmerksamkeit schenken. Andere Blogger kommentierten, dass die Politiker und Delegierten jetzt aktiver würden, weil ja auch sie die Luft einatmen müssten. „Die Reichen und Privilegierten können sich zwar Bio-Gemüse und Flaschenwasser leisten, aber atmen müssen sie auch.“ In diesem Januar verschwanden große Teile Zentralchinas im Smog. Peking und andere Millionenstädte waren in die giftige und schmutzige Luft eingehüllt. Rund 600 Millionen Menschen waren betroffen. Auch in den ländlichen Regionen lagen die Feinstaubwerte um ein Vielfaches über dem von der Weltgesundheitsorganisation angesetzten Grenzwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter. Mehrmals kam von den Behörden die Aufforderung, nach Möglichkeit nicht ins Freie zu gehen.

„Wir können nicht länger die Umwelt und die Gesundheit der Bürger und die langfristige Entwicklung Chinas dem kurzfristigem Bruttosozialprodukt opfern“, sagte ein Vertreter einer Blockpartei. Von Enttäuschung war die Rede. Die Umweltbedingungen würden immer schlechter. Ein Delegierter schlug vor, eine Liste des „schwarzen BSP“ anzulegen. Damit würden die Städte mit der schlimmsten Verschmutzung klar benannt und unter öffentlichen Druck gesetzt werden. Aufsehen erregte der bekannte Arzt und Volkskongress-Delegierte Zhong Nanshan, der die Smog-Belastung mit der Lungenkrankheit Sars verglich, die vor zehn Jahren in der Volksrepublik ausgebrochen war. Die jetzige Luftqualität sei schlimmer als Sars, sagte Zhong, da sich die Menschen vor der Luft nicht schützen könnten.

Wenn die Luftverschmutzung so schlimm sei, wie könne man dann von einem „gesunden China“ sprechen; wie von einem „schönen China“, wenn der Himmel nicht zu sehen sei, fragten die Delegierten und spielten damit auf Parteiparolen an. Die Stadtverwaltungen sehen sich währenddessen unter Druck, etwas zu unternehmen, und müssen sich rechtfertigen. Der stellvertretende Bürgermeister von Peking, Li Shixian, sagte beim Volkskongress, dass eine regionale Zusammenarbeit nötig sei, um die Luft in Peking zu verbessern. Das sei bisher allerdings noch nicht möglich, und außer in Notfällen seien solche regionalen Kooperationen kaum zu erreichen.

Wie ernst die Regierung in Peking die Stimmen aus der Bevölkerung tatsächlich nimmt, wird sich im weiteren Vorgehen gegen die Luftverschmutzung zeigen. Im diesjährigen Regierungsbericht von Ministerpräsident Wen Jiabao kam erstmals der Begriff der „Feinstaubverschmutzung“ vor. Es klang schon fast resigniert, als Wen sagte, man müsse etwas gegen die Umweltverschmutzung tun, um der Bevölkerung „Hoffnung zu machen“.

Der frühere stellvertretende Umweltminister Zhang Lijun sagte beim Volkskongress, es gebe durchaus schon Möglichkeiten, die Luftverschmutzung zu kontrollieren. „Aber China braucht mehr politischen Willen dazu.“